

## STAGNATION DER ANNÄHERUNG ZWISCHEN PEKING UND WASHINGTON ?

Yu-Hsi Nieh

**Spekulationen und Gerüchte**

Seit zwei oder drei Monaten ist in der Weltöffentlichkeit häufig die Rede von einer Abkühlung der Beziehungen zwischen Peking und Washington. Anlaß zu den Spekulationen gab zunächst und vor allem die Tatsache, daß die Leiter beider Verbindungsbüros lange Zeit und noch dazu gleichzeitig ihren Posten ferngeblieben waren. Der chinesische Leiter, Huang Chen, hatte im November des vergangenen Jahres Washington verlassen, und der amerikanische, David Bruce, wurde im Januar von Außenminister Kissinger abberufen und als Berater für Atlantische Fragen nach Washington beordert.

Obwohl Bruce am 22. März und Huang am 7. April ds. Js. wieder zu ihren Posten zurückgekehrt sind, ging wieder das Gerücht, daß der 76-jährige amerikanische Diplomat "die Nase voll von Peking" habe. Neben Altersgründen, die sicher eine Rolle spielen, sei er - so heißt es - seiner Aufgabe in China überdrüssig, weil ihm "kein Zugang zur chinesischen Führungsspitze" gewährt werde. Er bekomme - wie seine Mitarbeiter - kaum Einladungen von den Chinesen zu offiziellen diplomatischen Anlässen. Daher fühle er sich in Peking überflüssig. Die Hoffnungen und der Enthusiasmus, die ihn im Mai des vergangenen Jahres nach China gebracht hätten, seien an der "neuen Abkühlung" des sino-amerikanischen Verhältnisses zerbrochen. Seine Frau langweile sich noch mehr in der chinesischen Hauptstadt als er. Er wolle aus China "heraus, und das bald". Nur auf Kissingers dringende Bitte hin habe Bruce versprochen, einstweilen noch in Peking zu bleiben, "aber nicht mehr lange" (1).

Dagegen bezeichnet der FAZ-Korrespondent Ulrich Grudinski die Behauptung, Bruce sei chinamüde, als brüsk und dürrftig - eine typische Legende der meisten China-Beobachter außerhalb Chinas. Laut Grudinski habe Bruce im Gegenteil gerade gute Laune. Der alte amerikanische Verbindungsleiter spreche von seiner "nie endenden Faszination" für China, seine Geschichte und das "gewaltige soziale Experiment" Chinas, und er bedauere, daß er mit seinen 76 Jahren den Ausgang nicht mehr erleben werde. Er wolle in Peking bleiben, solange Washington ihn brauche, obwohl ihm sein Alter derzeit den Rücktritt erlauben würde (2).

Ein weiteres Symptom für eine angebliche Krise in den Beziehungen zwischen Peking und Washington sieht man auch in der neuen Kampagne gegen die westliche Kultur in China sowie in der scharfen Verurteilung der amerikanischen Unterstützung des Lon-Nol-Regimes in Kambodscha durch die chinesische Presse (3). Schließlich erhielt die Spekulation über eine Abkühlung der sino-amerikanischen Beziehungen neue Nahrung, als Peking den Abzug von sechs amerikanischen Marine-Infanteristen forderte, die bislang die amerikanische Verbindungsmission in Peking bewacht hatten (4).

Nach einer Erklärung des State Department habe China jedoch schon bei Gründung des Verbindungsbüros die Stationierung amerikanischer Wachmannschaften in Uniform ablehnen wollen; es handelt sich also dabei nicht um eine neue Mißstimmung zwischen den beiden Seiten (5). Auch die chinesische Polemik gegen den "US-Imperialismus" ist niemals ganz verstummt. Sie wird lediglich seit Nixons Chinabesuch nuanciert, und zwar werden die USA fast nur noch gemeinsam mit der Sowjetunion als "Supermächte" kritisiert. Die Doppelstrategie der chinesischen US-Politik - Bemühungen um eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Seiten trotz ideologischer Auseinandersetzungen - kommt deutlich dadurch zum Ausdruck, daß der chinesische stellvertretende Ministerpräsident, Teng Hsiao-p'ing, drei Tage nach den scharfen Angriffen gegen die USA und die Sowjetunion in seiner Rede vor der UNO-Sondersitzung über Rohstoff- und Entwicklungsprobleme in der Welt am 14. April mit Außenminister Kissinger ein dreistündiges Geheimgespräch in New York geführt hat (6).

So ist zwar eine Krise in den sino-amerikanischen Beziehungen nicht zu spüren, aber es ist doch nicht zu leugnen, daß sich - abgesehen von dem steilen Anstieg des bilateralen Warenaustausches (s.u.) - die politischen Beziehungen in dem seit der Errichtung der beiderseitigen Verbindungsbüros vergangenen Jahr nicht wesentlich weiterentwickelt haben.

**Der Standpunkt Pekings**

In manchen Kreisen wird angenommen, daß die Annäherung zwischen Peking und Washington durch die Kampagne gegen Konfuzius und Lin Piao gestört worden sei. Denn man vermutet, daß die neue Kampagne gegen den Ministerpräsidenten, Chou En-lai, gerichtet sei. Besonders seine Versöhnungspolitik gegenüber den USA und anderen nicht-kommunistischen Ländern stoße nach diesen Vermutungen auf den Widerstand der Linksradiكالen.

Wir wissen nicht genau, ob die KPCh oder die chinesische Regierung tatsächlich immer noch in zwei feindselige Gruppen gespalten ist. Auch ist es nicht logisch, die Lage so anzusehen, als seien alle jüngeren und aus Shanghai stammenden Funktionäre automatisch linksradikal, während die alte Garde selbstverständlich gemäßigeren Gruppen angehöre. Eine weitere Frage ist, welchen Einfluß die linke Gruppe - wenn es überhaupt eine solche gibt - auf die praktische Außenpolitik haben kann. Wenn schon Lin Piao, der doch auf die Unterstützung wichtiger Militär- und Parteiführer rechnen konnte, nicht in der Lage war, den politischen Kurs Chinas zu verändern, so daß er schließlich sogar einen Staatsstreich zu planen gezwungen war, erscheint es höchst unwahrscheinlich, daß es jetzt einem Einzelnen oder einer Gruppe möglich sein sollte, innerhalb der Partei und Regierung offene Opposition zu treiben. Es scheint, daß in China zur Zeit keine große Politik Rückhalt findet, der es an der Zustimmung des Parteivorsitzenden Mao fehlt.

Sowohl die Versöhnung mit Washington als auch die Kampagne gegen Konfuzius und Lin Piao sind offiziell im Namen des Parteivorsitzenden unternommen worden. Ein Widerspruch zwischen ihnen ist daher schwer verständlich. Die Kritik an Konfuzius und Lin zielt hauptsächlich darauf ab, den Schatten Lin Piaos zu liquidieren. Sie hat gleichzeitig eine sozialpädagogische Funktion und soll die Bevölkerung ideologisch im Sinne des Klassenkampfes beeinflussen (7). Es handelt sich also um eine Massenbewegung im Inneren, die bislang weder die Beziehungen Chinas zu den USA noch die zu anderen Ländern nennenswert beeinflusst hat. Die Annäherung an die USA liegt andererseits im nationalen Interesse und wird insofern wahrscheinlich von keiner Gruppe in China ernstlich in Frage gestellt, und sei es nur, daß man die amerikanische Rückendeckung gegenüber der Sowjetunion oder eine friedliche Lösung des Taiwanproblems mit Unterstützung durch Washington sucht. Denn es scheint, daß gerade die sogenannte "linksradikale Gruppe" eine Versöhnung mit dem sowjetischen "Revisionismus" oder "Sozialimperialismus" strikt ablehnt und auf den Territorialanspruch auf Taiwan nicht verzichten möchte.

### Der Standpunkt der USA

Während über die Motive, die Peking dazu veranlassen könnten, den Vollzug diplomatischer Beziehungen zu Washington zu verzögern, so viele Spekulationen in Umlauf sind, hat bislang kaum jemand den amerikanischen Standpunkt zu dieser Problematik analysiert. Man scheint anzunehmen, daß es für die USA keinerlei Hinderungsgrund für die sofortige Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Peking gebe. Präsident Nixon hat bereits vor zwei Jahren quasi einen Staatsbesuch in China gemacht. Außerdem ist Henry Kissinger zunächst als Sicherheitsberater des Präsidenten, dann als US-Außenminister schon sechsmal in Peking gewesen, um eine Verbesserung der sino-amerikanischen Beziehungen zu erreichen.

Die Amerikaner haben also noch vor Peking den ersten Schritt zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Peking und Washington unternommen. Die weitere - weniger günstige - Entwicklung geht aber andererseits eher zu ihren Lasten. Vom Standpunkt der US-Außenpolitik aus gesehen mußte sich Außenminister Kissinger nach seinem letzten Chinabesuch (10.-14.11.1973) vorrangig mit anderen Aufgaben beschäftigen: Im Frühjahr dieses Jahres widmete er sich der Erwärmung der Beziehungen zwischen den USA und Westeuropa. (Für diese Politik wurde - wie bereits erwähnt - der Leiter der US-Verbindungsmission in Peking, Bruce, auf fast drei Monate nach Washington zurückgerufen, um den Außenminister zu beraten). In den letzten zwei Monaten war der Nobelpreisträger zur Herstellung des Friedens im Nahen Osten dauernd zwischen Kairo, Jerusalem und Damaskus unterwegs. Andere große außenpolitische Vorhaben mußten daher zurückgestellt werden.

Auch der Druck, dem die Regierung Nixon infolge der neuen Entwicklungen in der Watergate-Affäre ausgesetzt ist, hat bestimmt die amerikanische Chinapolitik

erheblich beeinflußt. Denn in den USA sind zwar nur wenige gegen eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Peking, doch gibt es in der Wirtschaft, in kirchlichen Kreisen und vor allem auch in Nixons eigener Partei zahlreiche Einflußgruppen, die die von Peking gestellte Bedingung eines Abbruchs der Beziehungen mit Taiwan ablehnen. Eine Entscheidung ohne Rücksicht auf Taiwan würde auch diese Leute ins Lager der Nixongegner treiben (8). Dazu haben die USA noch ein unbefristetes Verteidigungsabkommen mit der Regierung Chiang Kai-shek laufen. Es endet erst ein Jahr, nachdem ein Vertragspartner dem anderen die Kündigung mitgeteilt hat (9). Für die Amerikaner ist es infolgedessen nicht so einfach wie für die Japaner oder andere Staaten, Pekings Taiwan-Klausel anzunehmen. Eine einseitige Lösung des Vertrages durch Washington könnte unter seinen Verbündeten den Eindruck der Bündnisuntreue erwecken. Andererseits können die USA aber ohne Hinnahme dieser Konsequenz die Normalisierung ihrer Beziehungen zur VR China nicht erreichen; denn sowohl Peking als auch Taiwan lehnen nach wie vor jegliche Form einer Zwei-China-Politik ab. Dieses Dilemma der amerikanischen Chinapolitik gilt daher unverändert als Hauptengpaß bei der Annäherung zwischen Peking und Washington.

### Die Taiwanfrage bleibt als Hindernis

Im Shanghaier Kommuniqué vom 27.2.1972 anlässlich von Nixons Chinabesuch betont die chinesische Seite, daß die Taiwanfrage das entscheidende Hindernis für die Normalisierung der sino-amerikanischen Beziehungen darstellt. Sie fordert den Abzug aller amerikanischen Streitkräfte und militärischen Einrichtungen aus Taiwan und verurteilt jeglichen Gedanken an zwei chinesische Staaten oder die Unabhängigkeit Taiwans. In einem anderen Kommuniqué vom 14.11.1973 anlässlich des sechsten Kissinger-Besuches in China bekräftigt Peking erneut den Standpunkt, daß eine Normalisierung der Beziehungen zwischen China und den Vereinigten Staaten nur auf der Grundlage der Anerkennung des Ein-China-Prinzips verwirklicht werden kann (10).

Ein idealer Ausweg für die Amerikaner aus dem Dilemma ihrer Chinapolitik wären natürlich friedliche Verhandlungen zwischen Peking und Taiwan. In dem zuletzt genannten Shanghaier Kommuniqué erklären die Amerikaner, daß sie der Einheit Chinas oder der Zugehörigkeit Taiwans zu China nicht widersprechen wollen. Sie beteuern in dem Dokument darüber hinaus ihr Interesse an einer friedlichen Regelung der Taiwanfrage durch die Chinesen selbst. Im Hinblick auf diese Aussicht bestätigen sie ferner die Zielsetzung, sich letzten Endes aus Taiwan zurückziehen zu wollen. Vor Erreichung dieses Endziels wollen sie ihre Truppen und militärischen Einrichtungen in Taiwan bei Entspannung der Lage in diesem Gebiet Schritt für Schritt vermindern.

Es ist anzunehmen, daß eine amerikanische Vermittlung zwischen Peking und Taiwan bereits in Gang gebracht worden ist. Als Kissinger bei seinem fünften Chinabesuch im Februar 1973 von Hanoi nach Peking flog, legte er einen rätselhaften Zwischenaufenthalt von zwei Tagen (13.-15.2.73) in Hong Kong ein. Es ist nicht ausgeschlossen,

daß er während dieser von offizieller Seite als "Erholungstage" bezeichneten Zeit eine geheime Mission nach Taiwan unternommen hat (11). Dem fünften Chinabesuch Kissingers folgte die gegenseitige Gründung der Verbindungsbüros in Peking und Washington. Taiwan muß vorher von amerikanischer Seite über diesen Schritt informiert worden sein.

Als Folge von Kissingers sechster Chinareise hat Washington Ende des vergangenen Jahres seine in Taiwan stationierten Streitkräfte um ein Drittel (3000 Mann) verringert (12). Noch während seines Zwischenaufenthalts in Tokyo auf der Rückreise von Peking bat Kissinger am 14. November 1973 den amerikanischen Botschafter in Taiwan zu sich (13). Am 19. November führte er ferner gleich nach der Heimkehr ein langes Gespräch mit dem nationalchinesischen Botschafter in Washington (14).

Peking hat im Zusammenhang mit der sino-amerikanischen Entspannung eine Reihe von Friedensoffensiven gegenüber Taiwan entfaltet. In den letzten beiden Jahren wurden zahlreiche bekannte Chinesen in den USA, die entweder früher in der Regierung Chiang Kai-shek mitgearbeitet hatten oder enge Beziehungen zu Taiwan haben, nach Peking eingeladen. Die auf dem Festland lebenden ehemaligen Politiker und Generäle der Kuomintang-Regierung appellieren über Rundfunk und Zeitungen an ihre alten Kollegen, Verwandten und Freunde in Taiwan, sich der Arbeit für die nationale Einigung zu widmen. Ein halbamtliches Friedensangebot Pekings kam vor allem in den Reden zum Ausdruck, die Liao Ch'eng-chih und Fu Tso-yi am 28.2.1974 auf einer Versammlung anlässlich des 26. Jahrestages des Aufstandes der Bevölkerung Taiwan gegen die Kuomintang-Regierung in Peking hielten. Liao, Leiter der Einheitsfrontarbeit der KPCh und Sohn eines früh verstorbenen bekannten Kuomintang-Politikers, sagte: "Wir hoffen, daß das militärische und administrative Personal der Tschiangkaischek-Clique keine Gelegenheit auslassen wird, zur Vereinigung des Vaterlandes beizutragen .... Die konsequente Politik unserer Partei und Regierung ist, alle Patrioten zu einer großen Familie zu zählen, ob sie nun früher oder später zu solchen werden". Fu, der Kommandeur der Kuomintang-Armee in Nordchina gewesen war und 1948 in Peking vor den kommunistischen Truppen die Waffen streckte, bekräftigte: "Wir sind alle Chinesen. Warum können wir für die geheiligte Sache einer Vereinigung des Vaterlandes nicht miteinander sprechen?" Er wies auf die persönlichen Friedensverhandlungen zwischen Mao Tse-tung und Chiang Kai-shek in Chungking nach der japanischen Kapitulation hin und betonte: "Gegenwärtig ist es eine gute Zeit, das Vaterland zu vereinen. Laßt uns zusammenkommen und sprechen; je schneller, desto besser! Wenn ihr eine sofortige formelle Besprechung nicht führen könnt, dann sendet einige Leute auf das Festland, offen oder geheim, die sich dort umsehen und Verwandte und Freunde besuchen können" (15).

Es gibt bereits eine Reihe von Gerüchten über geheime Kontakte zwischen Peking und Taiwan. Doch Taipei hat bislang alle Spekulationen zurückgewiesen. Die Propaganda in Taiwan bleibt unvermindert bei der Beschimpfung des Kommunismus. Mehr noch wird die Stimmung für

Verhandlungen durch einen "Kulturkrieg" belastet, nämlich den Streit um Konfuzius. Während auf dem chinesischen Festland mit Leidenschaft die Anti-Konfuzius-Kampagne betrieben wird, inszeniert man in Taiwan eine Gegenbewegung zur Konfuzius-Verehrung. In vielen Städten Taiwans werden neue Konfuzius-Tempel errichtet. Sogar ein großes Konfuzius-Denkmal wurde einer amerikanischen Stadt von Taiwan geschenkt (16). Andererseits wird Chiang Kai-shek in der kommunistischen Presse Chinas nun häufig neben Lin Piao als Konfuzius-Anbeter angegriffen (17).

Auf der Gedenkfeier zum 27. Jahrestag der Unruhen in Taiwan sprach Fu Tso-yi in diesem Jahr schon mit schärferem Ton. Der inzwischen (am 19.4.74) verstorbene frühere Kuomintang-General warnte auf der Versammlung: "Hier möchte ich die vom Festland nach Taiwan gegangenen Personen aus Armee und Politik deutlich erinnern: Die Taiwan-Straße ist heute für die Befreiung Taiwans kein Hindernis mehr! Ihr dürft nicht fortfahren, Fehler zu machen". Darüber hinaus sagte er noch mit Nachdruck: "Wir werden Taiwan unbedingt befreien. Auf welche Art und Weise Taiwan befreit wird, das ist eine innere Angelegenheit Chinas, und kein Fremder hat das Recht, sich darin einzumischen" (18).

Dies ist jedoch kein Zeichen dafür, daß Peking seine Versöhnungspolitik ändern will. Offenbar möchte es mit solchen versteckten Drohungen Taiwan schneller an den Verhandlungstisch zwingen. Was Taiwan heute wirklich befürchtet, sind nicht neue Spannungen in der Taiwan-Straße, sondern die Fortentwicklung der bestehenden Entspannung. Denn während eine neue Anspannung der Lage die amerikanischen Streitkräfte weiter in Taiwan binden könnte, würde eine weitere Entspannung den Abzug der Amerikaner nur beschleunigen.

Jetzt - einige Monate vor Kissingers nächster Reise in die VRCh (wahrscheinlich im September oder Oktober 1974) - lanciert die amerikanische Regierung durch die Presse die Mitteilung, daß sie, um ihre Beziehungen mit Peking weiter zu verbessern, noch in diesem Sommer oder Herbst beginnen werde, die restlichen der in Taiwan stationierten US-Kampfflugzeuge vom Typ Phantom F 4 zurückzuziehen. Wenn - wahrscheinlich im kommenden Jahr - der Abzug beendet sein wird, wird es keine regulären amerikanischen Streitkräfte mehr in oder um Taiwan geben (20).

Nur die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Taiwan haben bis jetzt - unberührt von der Politik - ständig zugenommen. Am 18. März ds. Js. errichtete Washington ein offizielles Handelsbüro in Taipei. Bis zum vergangenen Jahr hatten die Amerikaner bereits 390 Mio. US-\$ in Taiwan investiert. Dazu kamen noch Kredite an Taiwan in Höhe von ca. 1 Mrd. US-\$. Ferner erreichte der Warenaustausch zwischen den beiden Seiten 1973 einen neuen Rekord mit 2627 Mio. US-\$ (Taiwans Ausfuhr nach den USA betrug 1676 Mio. \$, seine Einfuhr aus den USA 951 Mio. \$; das sind 37,5 % des gesamten Außenhandels von Taiwan) (21).

Aber auch die chinesischen Kommunisten wissen, daß Handel das beste Lockmittel für die amerikanischen Kapitalisten ist. Wenn Ministerpräsident Chou En-lai auch immer betont, daß Peking nicht die Absicht habe, auf dem Weltmarkt mit Taiwan zu konkurrieren, so will seine Regierung

doch bestimmt nicht darauf verzichten, durch Erweiterung der Handelsbeziehungen das politische Verhältnis Pekings zu Washington zu verbessern. 1973 betrug der sino-amerikanische Handel 753 Mio. US-\$ (chinesische Einfuhr aus den USA: 689 Mio. US-\$ Ausfuhr nach den USA: 64 Mio. US-\$) (22). Diese Zahlen liegen zwar noch weit hinter der Summe des Handels zwischen Taiwan und den USA, aber immerhin hatten die Amerikaner 1973 doch bereits einen Exportüberschuß von 625 US-\$ gegenüber Peking, während sie in ihrem Taiwanhandel im gleichen Jahr ein Defizit von 724 US-\$ Mio. hinnehmen mußten. Die USA rangieren nun bereits hinter Japan als zweitgrößter Handelspartner der VRCh und stehen damit vor der BRD (23).

Heute mögen noch viele Amerikaner damit nicht einverstanden sein, daß die Beziehungen zwischen den USA und Taiwan der Normalisierung des Verhältnisses zwischen Washington und Peking geopfert werden sollen. Später wird man sich freilich umgekehrt vielleicht fragen, warum die USA ihre Beziehungen zur VRCh Taiwans wegen solange nicht normalisiert haben. Chinas jetzige "Volksdiplomatie" (halbamtliche Diplomatie) zu den USA zielt offenbar just darauf ab, die amerikanische öffentliche Meinung in dieser Hinsicht zu ändern. Eine ähnliche Politik hat Peking bereits Japan gegenüber mit Erfolg verwendet. Politisch fühlt sich Taiwan im Augenblick

gewiß beruhigt, weil Washington einen neuen Botschafter nach Taipei entsandt hat. Leonard Unger hat am 4. Mai die Nachfolge von Walter P. McCaughy angetreten, der vor einigen Monaten in den Ruhestand versetzt wurde. Vorher hatte es Spekulationen gegeben, daß Washington beabsichtige, durch eine Vakanz auf dem Botschafterposten oder eine Umwandlung der Botschaft in ein Konsulat oder Handelsbüro Peking in der Taiwan-Frage weiter entgegenzukommen. Infolge der neuen Besetzung des Botschafteramtes rechnet man in Taiwan nun damit, daß die USA in den kommenden zwei oder drei Jahren ihre China-Politik nicht grundsätzlich ändern werden (24). Sicher ist jedoch, daß die USA sich ihre Annäherung an Peking nicht durch Ungers Ernennung stören lassen wollen. Es ist gut möglich, daß sie sogar Pekings Einverständnis dafür eingeholt haben. Denn Peking braucht in seinem Streben nach Verhandlungen mit Taiwan gewiß die amerikanische Vermittlung, und dafür ist ein hoher Vertreter Washingtons in Taipei unentbehrlich.

Unger war früher US-Botschafter in Laos und Thailand. Seine neue Mission in Taiwan hat insofern auch noch die weitere Bedeutung, daß die USA nun - nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Tokyo und Peking - bei der Umgestaltung ihrer Chinapolitik in erster Linie die Reaktionen der südostasiatischen Staaten berücksichtigen müssen.

- 1) UP 17.4.74, zitiert nach CJ 18.4.74
- 2) FAZ 27.4.74
- 3) Vgl. JMJP 15.4.74, NCNA 20.5.74, Welt und SZ 21.5.74, The Times 16.4.74
- 4) SZ, Welt, FAZ 25.5.74; CJ 26.5.74
- 5) CJ 26.5.74
- 6) CJ 30.4.74; vgl. auch Tanjug (engl.) 2.4.74
- 7) Dazu vgl. B. Staiger, "Die neue Konfuzius-Diskussion in China", C.a. Jan. 74, S.811 ff.
- 8) S. im einzelnen dazu Nieh, "Kissingers sechster China-Besuch und die Taiwan-Frage", C.a. Dez. 73, S.757 ff.
- 9) Text des Vertrages in englischer Sprache in: Documents on International Affairs 1954, London 1957, S.328 ff.
- 10) NCNA 15.11.73
- 11) S. Nieh, "Zu Kissingers fünftem China-Besuch - War er

auch in Taiwan? ", C.a. März 1973, S.75 ff.

- 12) CJ 15.11.73
- 13) S. ebenda
- 14) Ebenda, 21.11.73
- 15) PRU 13.3.73, S.16-17
- 16) CJ 1.4.74
- 17) Dazu s. z.B. Hsinhua (chinesisch) 10.3.74, zitiert nach TK 11.3.74
- 18) PRU 12.3.74 S.21 f.
- 19) IHT 6.3.74
- 20) Ebenda 20.5.74
- 21) S. CJ 29.3.74
- 22) NfA 20.5.74
- 23) S. ebenda
- 24) Anm. 21